

Budapest will Einzelhandel stärker regulieren

BUDAPEST (owr/gtai)—Einige große Handelsketten in Ungarn wollen wegen der Krisensteuern bei den Investitionen kürzertreten. Gleichzeitig drängen sie auf das fristgerechte Auslaufen dieser Steuern Ende 2012. Die ungarische Regierung bereitet verschiedene Maßnahmen vor, die inländischen Händlern Vorteile bringen dürften. Beim Einzelhandelsumsatz ist der mehrjährige Abwärtstrend Mitte letzten Jahres abgeebbt. Eine nachhaltige Erholung lässt voraussichtlich aber noch auf sich warten und ist vom Erfolg der neuen, wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik abhängig.

Ein neuer ungarischer Gesetzentwurf sieht vor, dass künftig die Industrie- und Handelskammern der Neueröffnung von Geschäften zustimmen müssen. Bei solchen mit einer Fläche von mehr als 2.500 qm soll dies Sache der Ungarischen IHK (MKIK) sein. Kleinere Läden unter 2.500 qm bedürfen den Entwurf zufolge dagegen der Zustimmung der regionalen Kammern. Bisher hatten die Gemeinden in Genehmigungsfragen weitgehend freie Hand. Für Randgemeinden von Agglomerationszentren, vor allem der Hauptstadt Budapest, ist die Ansiedlung von Handelsunternehmen wirtschaftlich oft sehr attraktiv.

Den Kampf gegen große Handelsketten, vor allem für Lebensmittel, haben in Ungarn auch schon frühere Regierungen geführt. Die halbsozialistische Vorgänger-Regierung von Viktor Orbán hatte versucht, die Mächtigen in der Branche durch einen Ethik-Kodex in Schach zu halten, einschließlich der „freiwilligen Verpflichtung“, mindestens 80% der Waren in den Regalen aus inländischen Quellen zu beziehen. Auch jetzt wird in der Präsenz der großen internationalen Handelsketten der Hauptgrund für die Verdrängung inländischer Waren, vor allem Lebensmittel, durch importierte gesehen.

Einer Studie von Oxford Economics für Immobilienberater zufolge gehört Ungarn in der Region Mittel- und Osteuropa (MOE) dabei nicht einmal zu den Ländern mit dem höchsten Anteil ausländischer Investitionen an großen Einzelhandelsobjekten. Dieser lag demnach in den Jah-

ren 1999 bis 2009 mit 89% niedriger als in Tschechien mit 96% sowie in Rumänien, Bulgarien und Kroatien mit jeweils 100%. Ungarn verfügt zudem mit der Franchise-Kette CBA, der genossenschaftlich organisierten Coop-Kette und der Einkaufsvereinigung Réal über sehr leistungsstarke eigene Handelsstrukturen, die alle zu den größten Fünf am Markt gehören.

Außer der neuen Initiative zur Zentralisierung der Genehmigung neuer Geschäfte bei der Interessenorganisation der inländischen Wirtschaft bereitet die Fidesz-Regierung weitere Schutzmaßnahmen vor. So hat der Christdemokratische Koalitionspartner eine Gesetzesvorlage zur Änderung der Ladenschlusszeiten vorgelegt. Demnach sollen ab dem nächsten Jahr nur noch Geschäfte mit einer Ladenfläche von weniger als 280 qm an Sonntagen geöffnet sein dürfen, alle anderen nur noch an zwölf Sonntagen im Jahr. Für die großen ausländischen Super- und Hypermarktketten würde dies voraussichtlich erhebliche Umsatzeinbußen mit sich bringen. Die französische Kette Auchan- und die britische Tesco sollen 10 bis 12% ihrer Umsätze am Sonntag tätigen.

Bereits Ende letzten Jahres hatte das ungarische Parlament einer Änderung des Einzelhandelsgesetzes zugestimmt, wonach die Zahlungsfrist für Forderungen der Lebensmittelhersteller gegenüber den Handelsketten auf maximal 30 Tage beschränkt wurde. Zudem sind sogenannte Loss Leader-Kampagnen nicht mehr erlaubt, das heißt Lockvogel-Angebote zu Preisen, die auf beziehungsweise unter Herstellungskosteniveau liegen.

Tesco und Spar, die von der im Oktober des vergangenen Jahres verhängten umsatzabhängigen Krisensteuer am stärksten betroffen sind äußern sich unterschiedlich, über ihre Pläne für den ungarischen Markt. Tesco will den Ausbau seiner Kette mit über 30 Neueröffnungen im laufenden Jahr praktisch unvermindert fortsetzen, während Spar Investitionsverzögerungen ankündigt. Sicher sei nur, so ein Firmensprecher, dass die übernommenen Plus- und Kaisers-Läden weiter modernisiert würden. Dagegen ist die Entscheidung gegen den Bau eines neuen Fleischverarbeitungsbetriebs gefallen. Stattdessen wird nur eine Betriebserweiterung in dem Werk in Bicske erwogen. Wie auch andere ausländische Handelsunternehmen, versucht Spar gegenüber den Eigentümern der Geschäftsflächen, Mietnachlässe durchzusetzen, um diese an den Kosten der Krisensteuern zu beteiligen. Der schwache Markt für Geschäftsimmobilien lässt dies als eine reale Möglichkeit erscheinen. Für Tesco ist entscheidend, dass die Krisensteuer, deren Satz bei einem Umsatz von mehr als 100 Mrd HUF (rund 369 Mio EUR) auf 2,5% vom Nettoumsatzerlös springt, tatsächlich auf drei Jahre beschränkt bleibt.

Entwicklung des Einzelhandels (in Mio EUR und laufenden Preisen)

	2007	2008	2009	2010
Einzelhandelsumsätze insgesamt (ohne Tankstellen)	24,6	25,3	22,0	22,5
Davon im Lebensmittelhandel	12,2	13,1	11,7	12,0
Reale Veränderung*	-1,8%	-1,8%	-5,1%	-2,3%

* Veränderungen gegenüber gleichem Vorjahreszeitraum, auf Forint-Basis, einschließlich Kraftstoffe / Quelle: Statistikamt Ungarns (KSH)